

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version
Zeit der Unsicherheit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1993) : Zeit der Unsicherheit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 73, Iss. 11, pp. 554-555

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/137058>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zeit der Unsicherheit



Hans-Jürgen Schmahl

Im Konjunkturtief stößt auf Skepsis, wer einen neuen Anstieg ankündigt. Das war noch in jeder Rezession so, und gegenwärtig wird diese Erfahrung bestätigt. Die großen Wirtschaftsforschungsinstitute haben in ihrem kürzlich veröffentlichten Herbstgutachten den Beginn einer Konjunkturbelebung für das Jahr 1994 vorhergesagt, und zwar alle – nach Hinzukommen des IWHalle nunmehr sechs – gemeinsam. Unterschiedlich beurteilt wurde allein der Zeitpunkt des Einsetzens; vom DIW/Berlin wird er etwas später erwartet als von den anderen Instituten. Die kurz nach dem Gutachten der Institute vom DIHT veröffentlichte Umfrage unter ihren Mitgliedsfirmen dagegen zeigt verbreitete Zweifel an einer baldigen Aufwärtstendenz. Andere Verbände hatten schon vorher die Prognose der Institute als zu optimistisch bezeichnet.

Die Skepsis erklärt sich wahrscheinlich schon aus einer ungünstigeren Einschätzung der Lage. Das Ende des Konjunkturrückgangs ist weithin unbemerkt geblieben. Das liegt vor allem an der verbreiteten Orientierung am Vorjahresvergleich. Bis zuletzt war etwa die Industrieproduktion noch erheblich niedriger als vor einem Jahr. Auch die meisten anderen Indikatoren, abgesehen natürlich von solchen wie Preise und Arbeitslosigkeit, sind noch im Minusbereich. Daraus wird vielfach geschlossen, unsere Wirtschaft sei immer noch in der Abwärtsbewegung, also in der Rezession. Doch der Rückgang der Produktion und des Auftragseingangs hat schon im Frühjahr aufgehört. Das zeigt die Entwicklung der von Saison- und Kalendereinflüssen rechnerisch bereinigten Daten von Monat zu Monat. Die Konjunktur befindet sich seit geraumer Zeit auf der Talsohle und nicht mehr im Abstieg. Wäre dies allen bewußt, stieße die Prognose eines baldigen Anstiegs sicherlich schon deshalb auf weniger Zweifel.

Wie passen dazu aber die anhaltenden Ankündigungen massiver Beschäftigungseinschränkungen durch große Unternehmen und die vielen Meldungen über ungünstige Erträge, oft sogar Verluste? Beides ist typisch für die Talsohle. Die Ertragsentwicklung erreicht dann ihren Tiefpunkt, und die Pläne zur Einsparung von Personal spiegeln die schlechte Ertragslage wider. Die Erfahrung zeigt im übrigen, daß solche Pläne nicht selten revidiert wurden, wenn sich die Wirtschaftslage wieder besserte. Die Beschäftigung folgt der Konjunktur stets mit Verzögerung. Daher ist es auch nicht ungewöhnlich, daß die Prognose eines Wiederanstiegs der Produktion im nächsten Jahr mit der Vorhersage einer noch steigenden Arbeitslosigkeit einhergeht. Das war vielmehr nach jeder Rezession so.

Allzu menschlich ist die Neigung, nach dem Motto „Ist es schlecht, bleibt es schlecht“ zu urteilen. Ganz frei von dieser Neigung sind zwar auch professionelle Konjunkturbeobachter nicht, aber sie sind sich im allgemeinen der Gefahr bewußt. Mit den Methoden der Konjunkturanalyse und -prognose wird versucht, Tendenzänderungen nicht erst im nachhinein zu erkennen. Denn wirtschaftliche und nicht zuletzt wirtschaftspolitische Dispositionen

wirken mit Verzögerung, und Maßnahmen müssen daher möglichst früh einsetzen. Wäre es anders, würde sich wahrscheinlich kaum jemand für Konjunkturprognosen interessieren. Aber immer wenn es um den Wendepunkt geht, wird das Prognostizieren besonders schwierig.

Die Institute begründen ihre Prognose eines baldigen Wiederanstiegs mit der Verbesserung wichtiger konjunktureller Rahmenbedingungen. Sie führt nach Theorie und Erfahrung zur Wende nach oben. Das Zinsniveau ist stark gesunken, am langen Ende des Marktes nahezu auf einen Nachkriegstiefstand. Die Zinsstruktur, die lange invers war – die kurzfristigen Zinsen waren, zeitweilig sogar beträchtlich, höher als die langfristigen –, nähert sich der Normalität. Die Gewinne der Unternehmen sinken insgesamt offensichtlich nicht mehr. Entscheidend dafür ist, daß gesamtwirtschaftlich der Anstieg der Lohnstückkosten aufgehört hat und daß er in der Industrie seit dem Frühjahr sogar von einem Rückgang abgelöst worden ist; die Kosten sind allerdings immer noch höher als vor einem Jahr. Schließlich gibt es auch eine erste Erholung der Auslandsnachfrage. Das alles sind Vorboten einer neuen Aufwärtsentwicklung bei den Investitionen, von denen viele ja nur aufgeschoben wurden, und beim Export.

Gerade nach einem tiefen zyklischen Einbruch ist die Wahrscheinlichkeit eines baldigen Wiederanstiegs groß. Stärke und Dauer der neuen Aufwärtsbewegung hängen jedoch davon ab, in welchem Umfang bestehende Hindernisse beiseite geräumt werden. Das haben die Institute betont: „Die bevorstehende Belebung der Konjunktur ändert nichts daran, daß dringende Probleme der deutschen Wirtschaft der Lösung harren.“ Vor allem geht es um die Konsolidierung der Staatsfinanzen unter Vermeidung zunehmender Abgabenbelastung, um eine vernünftige Deregulierung und nicht zuletzt um Bedingungen am Arbeitsmarkt, die mit einem hohen Beschäftigungsstand vereinbar sind. „Insbesondere müssen, wenn ein durchgreifender Abbau der Arbeitslosigkeit gelingen soll, die Arbeitskosten je Produkteinheit sinken und die Arbeitsmarktbedingungen flexibler werden“, heißt es dazu im Gemeinschaftsgutachten.

Das Problem ist nicht neu; zu Beginn der achtziger Jahre stellte es sich ähnlich. Damals suchten viele die Lösung in einer Umverteilung der vermeintlich nachhaltig knappen Arbeit. Die Hypothese einer Knappheit der Arbeit ist in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrzehnts durch das Entstehen von drei Millionen neuen Arbeitsplätzen schlagend widerlegt worden. Häufig wird dieser Erfolg mit der Arbeitszeitverkürzung in Zusammenhang gebracht, die damals gegen den Rat der meisten Ökonomen durchgesetzt wurde. Es ist jedoch fraglich, ob die Arbeitszeitverkürzung überhaupt eine hilfreiche Rolle gespielt hat. Denn der damit verbundene weitgehende Lohnausgleich wirkte für sich genommen höchst negativ auf Erhaltung und Entstehung von Arbeitsplätzen. Und die künstliche Verknappung qualifizierter Arbeitskraft hemmte das Wachstum von der Potentialseite her, wirkte also in die gleiche Richtung. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in den achtziger Jahren muß dringend davor gewarnt werden, erneut das Heil in einer „Umverteilung der Arbeit“ zu suchen. Es geht vielmehr auch diesmal darum, das Potential an Arbeit durch möglichst marktgerechte Gestaltung der Bedingungen am Arbeitsmarkt zu erschließen.

Im Licht dieser Erfordernisse darf die Arbeitszeitverkürzung durch Übergang zur 4-Tage-Woche auf keinen Fall als Modell für die deutsche Wirtschaft schlechthin angesehen werden. Für die meisten Betriebe gibt es schon jetzt keinen Grund für ihre Einführung, geschweige denn in einer künftig wieder besseren Wirtschaftslage. Für einzelne Unternehmen kann sie dagegen eine Möglichkeit bieten, die temporäre Nachfrageflaute ohne größere Entlassungen zu überstehen. Bei wieder verbesserter Konjunktur kann man wieder zu längeren Arbeitszeiten zurückkehren; sie ist also eine besondere Form der Kurzarbeit. Die Anwendung dieses Instruments setzt jedoch voraus, daß dabei nicht die Produktionskosten steigen. Daher kann es keinerlei Lohnausgleich geben. (Eine Lohnsubvention aus öffentlichen Mitteln wäre schon aus grundsätzlichen Überlegungen abzulehnen.) Es wäre bedauerlich, wenn dieser innovative Versuch zur Überbrückung der Konjunkturflaute in besonders betroffenen Unternehmen an unerfüllbaren Forderungen scheitern würde.